

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend

23. Mai 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Agrarische Obstruktionspolitik.

Gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag soll endlich am nächsten Mittwoch im Reichstag erledigt werden. Herr Stresemann hat sich in der großen Rede zu seinem Etat lebhaft für rasche Annahme eingesetzt. Ebenso hat der Industrie- und Handelstag erklärt:

Ablehnung des Vertrages bedeutet freiwillige Ausschaltung Deutschlands aus der Versorgung der spanischen Wirtschaft zugunsten der übrigen Industrieländer und zugunsten einflussreicher spanischer Industrien, die schon jetzt ihrer Freude über die Ablehnung des Vertrages durch den Handelspolitischen Ausschuss des Deutschen Reichstages offen Ausdruck gegeben haben. Die Annahme des Abkommens dagegen erschießt den spanischen Absatzmarkt der deutschen Einfuhr von Industriewaren vielfältigster, besonders hochwertiger Art, und befreit Deutschlands Industrie und Handel endlich von unerträglichem Ungewissheit. Sie gibt uns die Möglichkeit, auf dem Wege neuer Verhandlungen den Vertrag besonders auch zugunsten des Weinbaues zu verbessern, während die Ablehnung Zollkrieg auf unbestimmte Zeit wahrscheinlich macht.

Dem Reichslandbund aber ist diese Ungewissheit durchaus nicht unerträglich. Er versucht vielmehr, sie zugunsten seiner eigenen Pläne zu einem kleinen Erpressungsmanöver auszunutzen. Deshalb veröffentlicht sein Organ, die „Deutsche Tageszeitung“ einen Aufsatz, der sich gegen eine „überstürzte Entscheidung“ wendet und in die Forderung ausklingt: Zurückstellung des spanischen Abkommens im Reichstag, bis über das Zollgesetz entschieden ist!

In Einzelnen führt der bemerkenswerte Aufsatz u. a. aus: Es ist immer dasselbe: die Bewunderung, welche jedermann angesichts der ins Auge fallenden technischen Fortschritte der Industrie entgegenbringt, führt zu einer gewissen Ueberhöhung der wirtschaftlichen Bedeutung der Industrie und zu einer Unterschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft, deren technische Fortschritte allerdings dem Apparat tretenden Großstädter verborgen bleiben. Die Reichsbehörden in der Wilhelmstraße und ihre Umgebung haben zwar Automobilzölle und Zölle auf landwirtschaftliche Traktoren sowie andere Industrieerzeugnisse zugestimmt, welche die Allgemeinheit direkt und indirekt schwer belasten und teilweise selbst einen begeisterten Hochschülzähler in Erlaunen sehen; aber den deutschen Winzern und Gartenbauern, welche die intensivste Form der Bodenbewirtschaftung betreiben, hat die Regierung auch nur halbwegs so hohe autonome Zölle wie den paar Automobilfabriken von vornherein nicht zugestanden.

Sachlich entspringt dieser Erpressungsversuch durchaus der Einstellung, die der Reichslandbund der deutschen Handelspolitik entgegenbringt. Die deutschen Großagrarien wollen, wie sie in mehreren Entschliessungen betont haben, nicht nur den lückenlosen Zollschutz, sondern sie verweigern darüber hinaus jedes Zugeständnis in Zollfragen an das Ausland, so daß praktisch damit jeder Handelsvertrag unmöglich würde. Wenn man sich jetzt gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag zu einem Obstruktionsversuch versteigt, der praktisch für die Industrie die schwersten Schädigungen herbeiführen muß, so wirft sich doch ganz von selbst die Frage auf, was die Industrie zu tun gedenkt, um derartige Anschläge gegen den deutschen Export zu verhindern. Der Vor-

sitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Duisberg, hat schon einmal ganz deutlich die notwendigen Folgen der Haltung der Agrarier dahin gekennzeichnet, daß er erklärte, die Industrie würde bei einer Fortsetzung dieser Landbundpolitik ihr Verhältnis zur Landwirtschaft lösen müssen. Die Industrie wird sich darüber klar sein, daß sie auf eine Hilfe der Sozialdemokratie bei der Durchführung der Handelsvertragspolitik so lange schwerlich rechnen können, als die Reichsregierung sich in ihren Entschlüssen dem einseitigen Einfluß des Landbundes unterwirft.

Gewerkschaften und Zollvorlage.

Ausweichende Antworten des Reichs-ernährungsministers.

Der Reichs-ernährungsminister, Graf Kanitz, hat gestern die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände zu sich gebeten, um ihnen mit einigen allgemeinen Erläuterungen die Zollvorlage zu übergeben.

Die Begründung des Ministers zur Vorlage ergab nichts weiter als das, was bisher schon von ihm im Reichstag und bei anderen Gelegenheiten geäußert worden ist. Die Ausführungen des Ministers reizten die Gewerkschaftsvertreter naturgemäß außerordentlich zu Einwendungen und kritischen Bemerkungen. Es unterblieb aber eine allgemeine Diskussion, weil in weiteren Sitzungen noch gelegentlich über die Zollfragen gesprochen werden soll. — So verspricht der Minister.

Von den freien Gewerkschaften nahmen an den Verhandlungen Schweizer und Heinig teil. Es wurden von ihnen nur zwei Fragen an den Minister gestellt. Einmal verlangten sie Auskunft darüber, ob die Reichsregierung eingehendere Schätzungen über die voraussichtliche Höhe der Zolleinnahmen bei Annahme der Zollvorlage durchzuführen habe. Die Antwort war außerordentlich interessant. Der Reichs-ernährungsminister erklärte, daß detaillierte Berechnungen noch nicht durchgeführt seien, die zum andern auch gar nicht seine Aufgabe seien. Außerdem habe sich der Reichsfinanzminister vorbehalten, über diese Frage, die ja eigentlich zu dessen Ressort gehöre, selbst Auskunft zu geben. Dies werde in den nächsten Tagen geschehen.

Dazu können wir nur bemerken, daß wir hoffen, daß im Reichstag der Reichsregierung sehr bald Gelegenheit gegeben wird, die Erklärung abzugeben. Weiter wurde von freigewerkschaftlicher Seite der Minister gefragt, ob in seinem Ministerium eingehendere Erwägungen oder Berechnungen darüber erfolgt seien, inwieweit durch eine etwaige Annahme der Zölle die Exportfähigkeit Deutschlands beeinflusst werde. Auch darauf gab der Minister eine recht unzureichende Antwort, die dahin ging, daß detaillierte Betrachtungen darüber nicht angestellt worden seien, weil man annehme, daß ein erhöhter Zollschutz der Landwirtschaft die Produktion steigern und damit die Exportmöglichkeiten Deutschlands unterstützen würde.

Der Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften trat an diesem Punkt mit einer Frage ein und wies auf den Widerspruch hin, der darin liege, daß man von einer Produktionssteigerung spreche, die doch Preisdruck zur Folge haben müsse, während die Agrarier die Zölle doch gerade verlangten, um die Preise hochzuhalten.

Der neue Kurs in Rußland.

Von Peter Garwig.

Die kommunistische Masterade in Rußland geht ihrem Ende entgegen. Der utopistische Versuch, eine bürgerliche Revolution mit Hilfe von Bajonetten und Dekreten in ein sozialistisches Geleise zu lenken, hat ein klägliches Fiasko erlitten und eine lange, blutige Spur auf seinem Wege hinterlassen. Nach der trampschaften Vinterschwendung im vorigen Jahre hat die Partei der Diktatur sich gezwungen gesehen, den Rückzug anzutreten und neue Schritte im Interesse einer freien Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse insbesondere auf dem flachen Lande zu unternehmen.

Auf der vor kurzem stattgefundenen Allrussischen Parteikonferenz ist, nach den Worten der „Prawda“, in der Kommunistischen Partei ein „ziemlich kühner taktischer Umschwung“ eingetreten. Auf ökonomischem Gebiete äußerte er sich in der gefühlvollen Anerkennung der Bodenpacht und der Lohnarbeit auf dem Lande, in der Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Heimarbeiter und in der Genehmigung zur Eröffnung von kleineren und mittleren Industriebetrieben durch Privatpersonen. Auf dem Gebiete der Rechtsverhältnisse trat dieser Umschwung in der Parole der „Belebung der Sowjets“, unter der bedingungslosen Aufrechterhaltung der Führerrolle der kommunistischen Partei und in dem Versprechen, auf die „administrativen Methoden“ der Bekämpfung des Privatkapitals zu verzichten, zutage.

Bezeichnend für den neuen Kurs ist die gefühlvolle Anerkennung der sich spontan entwickelnden kapitalistischen Beziehungen auf dem Lande, sowie der Beseitigung der letzten Ueberbleibsel des Kriegskommunismus und die Förderung der kapitalistischen Akkumulation in der Landwirtschaft. „Bereichert euch!“ — so ungefähr klingt die von dem führenden kommunistischen Theoretiker Bucharin ausgegebene Parole.

Die durch Lenins Tod führerlos gewordene kommunistische Partei konnte sich zu diesem Umschwung nicht gleich entschließen. Die scholastischen Auseinandersetzungen über die Frage der „innerparteilichen Demokratie“ und des lehrerischen „Troßismus“ brachten eigentlich schon im voraus die Entscheidung über die Frage der künftigen Wege der ökonomischen und politischen Entwicklung Rußlands. Aber die kommunistischen Machthaber entschlossen sich zu diesem „ziemlich kühnen taktischen Umschwung“ erst unter dem Druck der rauben Wirklichkeit und der Drohung des Zusammenbruchs ihrer Diktatur.

Das Zusammentreffen einer Reihe von innen- und außenpolitischen Faktoren ließ freilich keine andere Entscheidung zu.

In seiner letzten Rede gab Bucharin offen zu, daß die Befestigung des westeuropäischen Kapitals „einen neuen Faktor darstelle, der einen wesentlichen Einfluß auf unser weiteres Schicksal ausüben dürfte“. Es handelt sich dabei nicht nur um den Zusammenbruch der Pläne der sozialen Weltrevolution, sondern auch um die ökonomische Bedeutung der stabilisierten Umwelt für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Rußlands. Der „Reigen der Anerkennungen“ Sowjetrußlands durch die westlichen Mächte ist zwar sehr schmeichelhaft für die Sowjetdiplomatie, er hat jedoch bisher noch keine konkreten wirtschaftlichen und finanziellen Folgen gezeigt. Es werden weder Anleihen zur Verfügung gestellt, noch herrscht eine besondere Nachfrage nach russischen Konzeptionen. Bucharin stellt mit Bedauern fest, daß „wir vom ausländischen Kapital wohl kaum fruchtbringende Kräfte erhalten werden“. Das ausländische Kapital hat eine abwartende Haltung eingenommen. Man wird ihm sicherlich ein weiteres Entgegenkommen zeigen, um seine Bedenken zu zerstreuen. Ob den Kommunisten diese Aufgabe gelingen wird?

Die unmittelbare Veranlassung zu diesem Umschwung gaben jedoch die innerpolitischen Faktoren, in erster Linie die Lage der Industrie. Die bezahlten Optimisten preisen voll Begeisterung ihre Erfolge. Aber die Höhe, auf der die russische Industrie vor dem Kriege stand, ist für sie noch immer ein fernes Ideal. Ihren wenn auch langsamen Aufstieg verdankt sie in erster Linie den reichlichen Unterstützungen aus der Staatskasse. Dies geschieht jedoch auf Kosten der Bauernschaft und der ausgebeuteten Arbeitererschaft. Ferner ist die Entwicklung der Industrie nach Aussagen von Rykow und Dzerzinski auf das Problem der Wiederherstellung des gänzlich aufgebrauchten Grundkapitals gestossen, zu welchem Zwecke kolossale Mittel erforderlich sind, über die das Land nicht verfügt. Die beabsichtigte Erteilung von Genehmigungen an Privatpersonen zur Eröffnung von kleineren Industriebetrieben ohne jede behördliche Genehmigung und von mittleren, mit besonderer Genehmigung der Behörden, bedeutet nichts anderes, als einen schüchternen Schritt auf dem Wege zur Denationalisierung der verstaatlichten Industrie.

Die größte Gefahr für die Industrie bildet jedoch die Schwäche des inneren bäuerlichen Marktes, bedingt durch die sinnlose Agrarpolitik und das schonungslose Steuersystem, das jede Möglichkeit einer Kapitalanhäufung in der Landwirtschaft illusorisch macht.

Nach dem Geständnis Bucharins hegt die Bauernschaft „Turcht vor der Kapitalanhäufung und ist sogar bestrebt, jede technische Anschaffung für die Landwirtschaft geheim zu halten“. Eine plötzlich eintretende Dürre genügt deshalb, um den kaum begonnenen landwirtschaftlichen Aufstieg zu hemmen und Millionen von Bauern der Hungersnot preiszugeben. Aus einem Getreide exportierenden Lande hat sich Rußland mit einem Schlage in ein Getreide importierendes Land verwandelt. Die technische Rückständigkeit

Amundsen am Nordpol?

Wider keine Nachrichten.

Nach den letzten vorliegenden Meldungen aus Amerika hat Amundsen den Nordpol glücklich erreicht und befindet sich inzwischen nach verschiedenen erfolgreichen Messungen bereits auf dem Rückweg nach Kingsbay. Eine Bestätigung dieser aus Amerika kommenden Janfnachricht war in der Hauptstadt Norwegens nicht zu erreichen. Dort liegen vorläufig über den Verbleib Amundsens keine näheren Einzelheiten vor. Da die Abreise bereits am Dienstag durch Flugzeug erfolgt ist, muß mit der unmittelbaren Rückkehr gerechnet werden, wenn die Expedition glücklich verlaufen ist. Für den Fall, daß die Rückkehr nicht durch Flugzeug erfolgen kann, wird eine bestimmte Nachricht über den Ausgang der Expedition noch mehrere Tage auf sich warten lassen.

Kopenhagen, 23. Mai. (Telunion.) Bis heute früh sieben Uhr sind noch keine Nachrichten von Amundsen eingelaufen. Amundsen hat im letzten Augenblick es aufgegeben, Radio mit an Bord zu nehmen, um mehr Benzin frachten zu können. Dennoch hat er nicht mehr Benzin mitnehmen können, als er unbedingt für den Hin- und Rückflug zum Nordpol braucht. Deshalb kann er auch, bevor er nach Kingsbay zurückkehrt, keine drahtlosen Nachrichten geben. Die „Fram“ und „Hobbs“ werden die nächsten 14 Tage, so lange Aussicht vorhanden ist, daß die Flieger auf dem Luftwege zurückkommen können, in der Nähe von Danstvegen patrouillieren. Darauf wird „Hobbs“ noch sechs Wochen auf Amundsen bei Spitzbergen warten. Da Amundsen noch nicht zurückgekehrt ist, glaubt der Luftfahrverein in Oslo, daß die Flieger in der Nähe des Nordpols gelandet sind. Bei dem günstigen Wetter wären die Flieger sonst schon gestern mittag zurückgekehrt. Ueber dem Nordpol steht noch immer klare Luft, während östlich nach Sibirien zu ein Unwetter steht. Freitag abend meldete ein Telegramm aus Kingsbay von heraufziehenden Wolkenschichten, die aber so weit von der Küste entfernt sind, daß sie eine Landung der Flieger nicht erschweren werden.

Herriot über den Marokkokrieg.

Die Bedenken der Sozialisten gegenstandslos.

Paris, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Herriot hat auf der Tagung der Generalräte des Rhone-Departements das Wort ergriffen, um seine Stellungnahme zu den Marokkokriegen zu präzisieren. Er sei stets in vorkrieglicher Übereinstimmung mit Marshall Lyautey gewesen. Dieser sei nicht nur Spanien gegenüber vollkommen korrekt gewesen, sondern habe auch stets die internationalen Verträge rigoros beobachtet. Es sei die Behauptung aufgestellt worden, daß die Besitzergreifung gewisser vorgeschobener Positionen eine Unvorsichtigkeit gewesen sei. In der Tat aber lägen diese Positionen innerhalb der französischen Angriffszone und es sei daher auch vollkommen korrekt gewesen, hier zu operieren, um die Sicherheit der französischen Truppen in Marokko zu erhöhen. Er habe seinerzeit, fuhr Herriot fort, als er noch Ministerpräsident gewesen sei, die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um einem bereits damals vorausgesehenen Angriff den nötigen Widerstand entgegenzusetzen. Die Bedenken der Sozialisten seien gegenstandslos. Die Ereignisse in Marokko könnten in keinem Fall den europäischen Frieden gefährden. Weber Spanien noch England hätten Frankreich etwas vorzuzusetzen, dessen Haltung zu keinerlei Kritik Anlaß geben.

Französische Kampfoffenive.

Paris, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das offizielle in Fez herausgegebene Communiqué teilt mit, daß die französischen Truppen zur Kampfoffenive übergegangen seien und den Fluß Ouergha erreicht hätten. Die französischen Verluste seien im Verhältnis zu der Stärke, der am Kampf beteiligten französischen Truppen unbedeutend. Im Osten dagegen sei die Lage immer noch ernst.

(Siehe auch 2. Seite.)

der russischen Landwirtschaft, die von der kommunistischen Politik mit Rücksicht aufrechterhalten wurde, hat in kurzer Zeit zu einer Ueberfölkung auf dem flachen Lande und zur Bildung einer kolossalen Reservearmee geführt, die weder in der Landwirtschaft, noch in der Industrie Verwendung findet. Andererseits hat die terroristische Gleichmachungs politik der Kommunisten den Prozeß des wirtschaftlichen Aufstiegs einzelner Bauerngruppen und die Bildung einer Dorfbourgeoisie nicht zu verhindern vermocht. Als Folge davon ist die zunehmende politische Aktivität der Bauernschaft und ihre drohende Haltung gegenüber der städtischen Bevölkerung und der Regierung zu verzeichnen.

Wenn der Kronstädter Aufstand im Frühjahr 1921 den Auftakt zu Lenins „Neuen ökonomischen Politik“ bildete, so gab Georgien den Anstoß zu dem gegenwärtigen Umsturz. Der Aufstand in Georgien im Herbst v. J. beleuchtete blühartig die Gefahr, die von der unzufriedenen Landbevölkerung drohte. „Was in Georgien geschah — erklärte damals Stalin — kann sich überall in Rußland wiederholen, wenn wir unsere Stellung gegenüber der Bauernschaft nicht von Grund aus ändern.“ Das Bestreben einer unliebsamen Kritik in der Form von Aufständen aus dem Wege zu gehen, bildete den Hauptgrund für die neue bauernfreundliche Politik der Sowjetregierung.

Wird das neue taktische Manöver der Bolschewisten eine Lösung der inneren Widersprüche der russischen Wirklichkeit bringen? Wird es die Krise der terroristischen Diktatur befeitigen? Wir zweifeln daran.

Die beiden wesentlichsten Gegenätze im russischen Leben finden nach wie vor keine Lösung. In erster Linie besteht ein Widerspruch zwischen dem System der allgemeinen Rationalisierung und des dekretierten Kommunismus und der kapitalistischen Entwicklung in dem rückständigen, halbagrarischen Lande. Ein nicht minder krasser Widerspruch herrscht zwischen dem System der Diktatur und dem Charakter der neu entstehenden ökonomischen Verhältnisse — mit anderen Worten: zwischen Wirtschaft und Recht.

Indem Lenins Nachfolger sich krampfhaft an die Macht klammern, sind sie gleich ihm bestrebt, diese Gegenätze durch unzureichende wirtschaftliche und finanzielle Reformen aus der Welt zu schaffen. Halbe Maßnahmen im wirtschaftlichen Leben und zähes Festhalten an der Politik! Man will die Dorfbourgeoisie in die unteren Zellen des Sowjetapparates aufnehmen, aber nur unter der Kontrolle und Leitung der Regierungspartei. Die Macht bleibt in den Händen der Kommunisten und wehe, wenn es jemand wagen sollte sie anzugreifen! „Wir werden in diesem Falle unsere sämtlichen Geschütze auffahren lassen!“ — droht Bucharin.

Die Krise der bolschewistischen Diktatur dauert fort. Die Bourgeoisie ist auf der politischen Arena noch nicht erloschen, aber alles spricht dafür, daß sie bald aufzutreten wird. Sie diktiert bereits mit unsichtbarer Hand ihre Befehle den kommunistischen Machthabern und bereitet mit den Händen der Kommunisten die Knebelung der Arbeiterklasse vor.

Wie aus den Debatten auf der kommunistischen Parteikonferenz hervorgeht, ist diese Tatsache auch den Kommunisten nicht entgangen. Sie stehen jedoch dieser Perspektive machtlos gegenüber und trösten sich nach der Heuherung Bucharins mit folgenden Worten: „Was schwächt ihr da so viel vom Sozialismus auf dem Lande? Wir wollen vor allem die kapitalistischen Beziehungen fördern, der Rest wird sich schon selber finden!“ Die linken Kommunisten, mit Bucharin als Wortführer, schlagen Alarm, fordern die Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Lande, als Ausgleich für das den reichen Bauern erwiesene Eingegenkommen und drohen nach etwa 10 bis 15 Jahren mit einer „zweiten Revolution“ zum Zwecke der Expropriation der Dorfbourgeoisie. Die Regierungsmehrheit jedoch lehnt alle beide „Seitensprünge“ ab und ist bemüht, aus der Not eine Tugend zu machen: die Konzeptionen an das Kapital als eine Etappe auf dem Wege zum Sozialismus darzustellen und die Eindämmung des

Klassenkampfes auf dem flachen Lande als einen weiteren Fortschritt desselben auszugeben. Ein Schwarm von Zitatlen aus Lenins Schriften und zusammenhangslose theoretische Konstruktionen der Sowjetökonomisten sind dazu berufen, die offensichtliche Kapitulation vor der Bourgeoisie durch eine scheinrevolutionäre Phrasologie zu beschönigen.

Die Machthaber können jedoch ihre Sorge um den kommenden Tag nicht verbergen. Das jüngste Manöver ist nur eine neue Atempause auf dem Wege der Selbstvernechtung. Die Frage der Aufhebung der Diktatur wird vom Leben selbst in den Vordergrund gerückt und läßt sich nicht mehr vor der Tagesordnung abheben. Das erste Wort über die Politik ist von der Bauernschaft gesprochen worden. Andere werden ihr folgen.

Das Washingtoner Abkommen.

Auf deutscher Seite steht nichts im Wege.

Die Genfer Meldung im „Vorwärts“ vor heute früh gibt der zuständigen amtlichen Stelle in Berlin Anlaß zu der Mitteilung, daß irgendein Antrag auf Einderung einer neuen Konferenz der Arbeitsminister von England, Frankreich, Belgien und Deutschland bis zur Stunde in Berlin nicht eingegangen ist. Ebenso wenig weiß man etwas über die Zeit und näheren Umstände einer solchen Konferenz. Auf deutscher Seite würde, wenn eine solche Konferenz als Fortsetzung der Berner Konferenz zustande käme, nichts im Wege stehen.

Rundfunk und Politik.

Scheitelt wichtigste Arbeit.

Man schreibt uns:

Als feinerzeit die Sendegesellschaften gebildet wurden, trat man vorwiegend die Bestimmung, den Einfluß des Reichs auf die unpolitische Betätigung dieses Kulturfaktors zu sichern. Das geschah dadurch, daß die Sendegesellschaften verpflichtet wurden, die Redakteure ihres Nachrichtendienstes nach den Anweisungen des Reichsministeriums des Innern anzustellen. Durch Kabinettsbeschluss wurde vor nicht langer Zeit diesem Ministerium der hauptamtliche Aufsicht über den Rundfunk eingeräumt. Es vertritt das Reich, das mit 51 Proz. an der Dachgesellschaft „Buch und Presse“ beteiligt ist, während die übrigen 49 Proz. teils auf WTB und Tel.-Union, teils auf den Verein deutscher Zeitungsverleger und den Reichsverband der deutschen Presse entfallen. Diese Minderheit ist jedoch sachgemäß vom Einfluss auf die Stellenbesetzung ausgeschlossen. Darüber wird ausschließlich vom Reichsminister des Innern Bestimmung getroffen, der die Vorschläge des Leiters des politischen Bureau, des Reichskommissars Ruenger entgegennimmt.

Herr Ruenger weist augenblicklich zur Teilnahme an einem internationalen Politkongress in Amerika. Zum 1. Juni wird er zurück erwartet und dann soll über die Besetzung einiger Rundfunkredaktionen Entscheidung getroffen werden. Seit dem Regimewechsel im Ministerium hat Herr Ruenger, der ursprünglich vom Reichsminister Koch als badischer Ueberzeugungsdemokrat nach Berlin geholt worden ist, auch sein politisches System gewechselt. Gesühlsmäßig wandte er sich der liberalen Vereinigung zu, instinktmäßig orientieren sich seine Ratschläge für den jetzigen Reichsinnenminister nach der deutschnationalen Seite. Wer die politische Sebarung und Anpassungsfähigkeit des Leiters des politischen Bureau kennt, den Drang nach Geltung und Gehör beobachtet hat, den Herr Ruenger bei sozialdemokratischen, demokratischen, völksparteilichen und deutschnationalen Ministern entwickelte, hegt keinen Zweifel, daß die Vorschläge des politischen Bureau einem deutschnationalen Parteibureau alle Ehre machen würden. Respektanten deutschnationaler Richtung sind ja bereits gemeldet und der Weilauf nach dieser modernsten politischen Krippe kann beginnen.

Für die Deffentlichkeit ist es jedoch ein unheilbarer Zustand, daß auf dem Umwege der Stellenbesetzung und Berufung durch ein politisch eindeutig geführtes Ressort ein modernes Verkehrsmittel wie der Rundfunk einer Parteipropaganda ausgeliefert werden kann, wobei die Kosten aus Reichsmitteln bestritten

werden. Die Besetzung der Rundfunkredaktionen kann nur, wenn man das Sendewesen nicht zum Parteinstrument umbilden will, durch berufene Fachorganisationen erfolgen, die sich nach der beruflichen Eignung und Vorbildung, nicht aber nach dem politischen Glaubensbekenntnis richten würden. Die Presse muß sich allmählich um die Entlohnung der Dinge kümmern und das Mitbestimmungsrecht in dem Umfange beanspruchen, der ihr zukommt. Mit dem teilweisen Einfluss über Verleger- und Redakteurorganisationen ist es nicht getan, solange von einem Ministerium die verantwortlichen Redakteure den Sendegesellschaften zugewiesen werden können. Die Republik kann nicht dulden, daß auf ihre Kosten durch den Rundfunk Unfug gegen sie verübt werden kann. Die herrschenden Zustände bieten keine Gewähr gegen den Mißbrauch des Rundfunks zur Stimmungsmache gegen den republikanischen Staat.

Man kann zwar damit rechnen, daß Preußen sich seinen Einfluss auf die in seinem Staatsgebiet bestehenden Sendegesellschaften bewahren und ein kräftiges Wort mitreden wird, um nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Dieser Schritt Preußens ist jedoch noch nicht wirksam geworden und setzt schließlich eine Reichsregelung voraus, um die gegebenen Möglichkeiten der parteilichen Politisierung des Rundfunks auszuschalten.

Im Vorstich des Aufsichtsrats von „Buch und Presse“ ist ein Wechsel eingetreten. Dabei ging das Bestreben im Reichsministerium des Innern dahin, den Vorstich für sich zu erobern und einen Fachreferenten des politischen Bureau hinzuzusetzen. Der Aufsichtsrat fand aber aus sich heraus in der Person des Reichstagsabgeordneten Joos seinen Mann. Die erste Attacke ist damit abgeschlagen. Man sieht aber, worauf hingesteuert wird, und man wird sich die Personen genauer betrachten müssen, die sich zum Werkzeug der Politisierung hergeben.

Stahlhelmer als Friedensstörer.

Und Richter als Stahlhelmfreunde.

Aus Nordhausen wird uns geschrieben:

In Niedergebra ist im Februar v. J. ein Ueberfall von den Stahlhelmen auf die Arbeiterchaft verübt worden. Die Mitglieder des Ortsvereins der SPD. hielten einen Unterhaltungsabend in ihrem Lokal ab. Die Stahlhelmer hatten in einer anderen Wirtschaft eine Werbeversammlung. Nach Schluß der Stahlhelmversammlung zogen sie geschlossen und mit Musik durchs Dorf vor die Gastwirtschaft der Arbeiter. Unter Angabe, sie seien beschimpft und geschlagen worden, drangen sie ins Lokal. Die Arbeiter versuchten ihr Hausrecht zu wahren und verwehrten den Eindringlingen den Eintritt. Indessen erlitten der Landjäger Reil, rief die draußenstehenden Stahlhelmer zu seiner Unterstützung auf und drang ins Lokal. Er stellte die dort versammelten Arbeiter fest und überließ sie dann den Stahlhelmen, zur weiteren Exekution.

Dieser Exzess stand am Mittwoch, den 20. d. M. zur Verhandlung vor dem großen Schöffengericht in Nordhausen. Das Gericht sprach von 21 Angeklagten sämtliche Stahlhelmer mit Ausnahme von zweien, die nur ganz geringe Geldstrafen erhielten, frei, während die 15 Arbeiter zu Gefängnis und hohen Geldstrafen verurteilt wurden. Der Stahlhelmführer Koch wurde in der Verhandlung nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge behandelt und die Fragestellung von Seiten des Richters war auch entsprechend. Auf die Aussage Kochs wurde mehr Gewicht gelegt als auf die Aussagen der 15 Arbeiter. Die Zeugen der Stahlhelmer waren alle gefaselt, die der Arbeiter, mit Ausnahme der Eheleute der Gastwirtschaft, in die die Stahlhelmer eingedrungen waren, kein einziger.

Hier hat das Gericht das Kunststück fertig gebracht, diejenigen freizusprechen, die den Ueberfall inszenierten, und die Ueberfallenen, die in Notwehr handelten, zu verurteilen. Es heißt im Urteile, die Stahlhelmer hätten in „berechtigter“ Notwehr gehandelt, die Arbeiter aber nicht, da die friedlich marschierenden Stahlhelmer beschimpft und geschlagen worden seien, obwohl die Arbeiter im Lokal waren und sich nicht um die Stahlhelmer kümmerten.

Unter der heiligen Arbeiterchaft hat das Tendenzurteil, gegen das natürlich Berufung eingelegt wird, starke Erregung hervorgerufen.

Brotwucher.

Der Himmel wuchert nicht mit Soaten.
Er schenkt barmherzig Sonnenschein —
Sie aber dürfen Volk verraten
Und Peiniger der Armen sein?
War nicht genug dies grause Sterben,
Das eines Volkes Kraft verzehrt?
Bard neu des Unheils frohen Erben
Als Waffe unsichtbares Schwert?

Volk, kämpfst du nicht mit listiger Stunde
Um deiner Arbeit langes Brot,
So mag die unheilbare Wunde
Verblutend fließen in den Tod.
Und greiffst du nicht mit tausend Händen
Nach Wehr, die schirmend Recht bestimmt,
So bist du wert, daß letztes Schändens
Frohlockend letztes Hoffen nimmt.

Schließt enger noch die strengen Reihen!
Partei, Gewerkschaft, schmiedet Tat!
Es weiß allein der Bund der Freien
In Stunde der Bedrückung Rat.
Volk, dein Begehren sei verkündet
Wie Eisenhagel im Parlament,
Aus tausend Funken sei entzündet,
Was Flamme Volk in Feuern brennt.

Franz Rothenfelder.

Chronikblätter der Familie Schulze.

Die völkische Leidenschaft und die Sehnsucht gewisser Bevölkerungskreise nach der sogenannten „guten alten Zeit“ haben neuerdings in manchen Kreisen unseres Bürgertums Familienchroniken und Stammbaumsforschungen populär gemacht. Es gibt sogar Leute, die hier bereits eine Konjunktur erkannt haben und aus dem Ahnenstimmeln wohlhabender Menschen, die keinen eigenen Persönlichkeitswert besitzen, ein sehr einträgliches Gewerbe machen, zu dessen Ausübung sie alljährlich auf Kosten ihrer Auftraggeber die schönsten Reisen durch die deutschen, österreichischen, schweizerischen und holländischen Gauen unternehmen. Andere Leute, die sich den kostspieligen Luxus eines heraldischen Detektivs nicht leisten können, betreiben das Studium von Ram' und Art ihrer Vorfahren selbst. Zu ihnen gehört auch der brave Landpastor Schulze, ein Respektvoller Großmutter väterlicherseits.

Seit einigen Jahren versendet der Pastor Schulze alljährlich an sämtliche lebenden Mitglieder seiner „Sippe“ eine neue, schön gedruckte Ausgabe der Chronikblätter der Familie Schulze, in denen alle bekanntgewordenen Tatsachen über die ehemaligen und lebenden Angehörigen dieser Sippe verzeichnet sind. Durch die Angabe der Adressen aller Mitglieder der Sippengemeinschaft soll eine „Be-

lebung und Stärkung des Familien sinnes“ erzielt und damit zugleich unserm Volke ein Dienst erwiesen werden. Dabei beruft sich der Herausgeber darauf, daß Hindenburg 1920 gesagt haben soll: „Der Urquell unserer Wiedergeburt liegt in der Familie“. Diese überraschende Einsicht mögen zwar früher schon andere Volksgenossen gehabt haben, aber sie hat für einen treudeutschen Bürger nur dann Wert, wenn sie von einem Rationalheiligen wie Hindenburg oder Bismarck oder Fridericus Rex ausgesprochen worden ist.

Diese Chronikblätter sind von eigenartiger kulturgeschichtlicher Reize. Im Eingang ihrer neuesten Ausgabe klagt der Pastor Schulze in beweglichen Worten darüber, daß die meisten unserer Volksgenossen uns so fremd und unverständlich geworden seien. Man ist also gespannt, zu erfahren, mit welchen geistigen Leistungen und menschlichen Idealen die Sippengemeinschaft Schulze als „Kraftquelle“ für die Wiedergeburt des deutschen Volkes dienen will. Da stößt man auf die folgenden erschöpfenden Angaben. Ein Kammergerichtsrat a. D. gibt an, daß er den Titel „Geheimer Justizrat“ führe und den roten Adlerorden vierter Klasse, das Verdienstkreuz für Kriegshilfe und das Eisene Kreuz am weißen Bande besitze. Ein Diplom-Brauereingenieur verhandelt: „Im Weltkrieg flog er als Leutnant in 18 Monaten 224 Flüge, Gesamtflugzeit 160 Stunden, Flugweg 21 000 Kilometer, Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse, Fliegerbeobachter-Abzeichen“. Das ist alles. Eine Frau, die sich auch gern als irgend etwas Besonderes vorstellen möchte, wenn sie auch in erster Linie Ehegattin ist, nennt sich „Schriftführerin des Deutschen Frauenbundes“, ein Vorstandsmittglied einer A. G. für Bahnbau und -betrieb legt Wert auf die Bezeichnung „Königlicher Bau Rat“, und auch der Pastor Schulze vergißt nicht, darauf hinzuweisen, daß er zum königlichen Superintendenten ernannt sei. Weitere Charaktereigenschaften der Sippengemeinschaft Schulze sind in diesen Chronikblättern nicht zu erbeden.

Es ist Morderlust aus Totengräbern die uns hier anweht.

Hubert Eastori.

Das Horoskop des Versailles Vertrages. Der französische Astrologe Raoul Darmier hat die Konstellation der Sterne zur Zeit der Unterzeichnung des Versailles Vertrages geprüft und sein Ergebnis veröffentlicht. Wie der tiefgründige Gelehrte mitteilt, sind die Himmelsgestirne sehr wenig zufrieden mit dem Vertrage, der eine neue Ära der Zivilisation und Kultur einleiten sollte. Der Abschied stand nämlich unter der Herrschaft des Planeten Mars, der nach Ansicht aller Astrologen die üble Angewohnheit hat, diplomatische Verwicklungen und Kriege heraufzubeschwören. Als erstes Ergebnis der monatelangen Forschungen wird mitgeteilt, daß das mühevoll erhaltene Werk von Versailles wenig Vorteile bietet und alle Aktionen schwierig macht. Später werden behauptet, daß man dieses Resultat auch ohne Befragung der Sterne hätte feststellen können. Ist doch sogar einer der Väter des Vertrages, Herr Lloyd George, sehr ungehalten über sein mißratenes Kind. Und Herr Stresemann, gewiß kein Astrologe, hat es auch schon vor der Befragung der Sterne gemerkt, daß das Paragaphenwerk seine Schattenseiten hat. Das zweite Ergebnis ist schon interessanter: Preußen soll sich danach unter heftigen inneren Kämpfen vom Reich trennen. Diese Verheißung der Sterne vor gewissen französischen Chauvinistenkreisen ist alles andere als objektive Voraussagung. In diesem Falle werden

wir, die es am nächsten angeht, alles tun, um die Gestirne Bügen zu strafen. Das dritte Ergebnis ist eine bittere Pille für die intransigenten Kreise unter den Politikern Frankreichs. Auf alle Fälle wird nämlich der Vertrag im Jahre 1927 revidiert werden. Damit kann man einverstanden sein, vorausgesetzt allerdings, daß die völkischen und deutschnationalen ihren chauvinistischen Parrenanz bis dahin ausgelassen haben und daß die Vernunft über den abschließenden Diplomaten leuchtet. Wenn das der Fall ist, wird man den Sternen ihre zweite Weisung verzeihen können.

Eröffnung des 2. Russischen Kongresses zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. In Charkow wurde am Abend des 14. Mai im Großen Theater unter Beteiligung von 1500 Delegierten der verschiedenen Republiken der Union: Vertreter der Regierungen, der Ärzte und Studentenschaft, der Arbeiterorganisationen, der Bauernschaft und der Jugendverbände der Kongress zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch den ukrainischen Volkskommissar für das Gesundheitswesen eröffnet. Unter allgemeinem Beifall wurden Prof. Semashko (Volkskommissar für das Gesundheitswesen der RSFSR, Moskau) und Prof. Jabasohn-Breslau zu Ehrenvorsitzenden und von den übrigen deutschen Gästen (Dr. Hausstein-Berlin und Dr. Löwenstein-Berlin-Romawes), Prof. Feig Vintus in das Präsidium gewählt — als Ehrenbezeugung für die Begründer und Leiter der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. In seiner Ansprache betonte Jabasohn, daß er die Strapazen der weiten Reise nicht gescheut habe, um in gemeinsamer Arbeit an der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes der Volksgesundheit aller Länder, der Geschlechtskrankheiten, mitzuwirken. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen 130 Referate. Auch die deutschen — die einzigen ausländischen Teilnehmer des Kongresses — werden Vorträge halten.

Britische Massenwanderung nach Australien. Kürzlich wurde zwischen Australien und England ein neues Einwanderergesetz abgeschlossen, wonach in den nächsten 10 Jahren 450 000 Engländer die Einreise in Australien zu Siedlungszwecken gestattet wird. Zur Erwerbung von Land und Urbarmachung desselben hat der englische Staat die Summe von 34 Mill. Pfund Sterling aufgenommen. Unter den in ausgewählten Gruppen hinübergeleiteten Auswanderern sind 34 000 Familien zu je 5 Personen durchschnittlich vorgelesen. Außer den Kosten der Ueberfahrt wird die englische Regierung noch den Anliegern die Mittel zum Ankaufen von Grundstücken usw. zu niederm Zinsfuß vorstrecken.

Schiffwahrungen der Woche. 111 v. Wollweber, 1. Weifen, 1. Schillerth., 1. Glühbirn, 1. Sonnab., 1. Sankt h., 1. Brand im Oberhaus, 1. Operntisch, 1. Schiffwahrung: „Der keine Kuppler“. — Mont. 1. d. Kommandanten: „Durch den Rundfunk“.

Iranis-Vorträge. Mont., Dienst., Mittw. (5 u. 9), Donnerst. (5, 7, 9), Freit., Sonnab., Sonnt. (9): „Im Lande der Bagaden“. — Mont., Dienst., Mittw. (7 u. 9): „Die Einweihung der Deutschen in Telemus in München“. — Freit., Sonnab., Sonnt. (5 u. 7): „Anwanderer“. — Dienst. bis Sonnt. (9): „Das tausendjährige Leipzig“.

Der New Yorker Berthoven-Männerchor, einer der größten Sängervereine von New York, wird in diesem Sommer eine Fahrt durch Deutschland unternommen. Die etwa 160 Teilnehmer treffen am 20. Juli in Hamburg ein.

Liauteys Wespennest.

Abd el Krim's Offensive in Marokko.

Die militärischen Operationen in Marokko haben einen Umfang angenommen, der auf weite Kreise des französischen Volkes beunruhigend wirkt. Die vor mehr als zwei Jahrzehnten eingeleitete Besitzergreifung Marokkos durch die Franzosen ist von Anfang an von den Sozialisten unter Führung von Jaurès und auch von einem Teil der Radikalen als Kolonialabenteuer bekämpft worden und daher niemals wirklich populär gewesen. Indessen hat sich das französische Volk besonders in den letzten zwölf Jahren an den Gedanken gewöhnt, daß es die Herrschaft über Marokko endgültig behalten würde, und zwar in ähnlicher Weise, wie das seit einem halben Jahrhundert bei Tunis der Fall ist. Allerdings war diese Herrschaft in jenem Zeitraum mit sehr geringen Opfern verbunden. Die jetzige Offensive des Führers der Radikalen Abd el Krim, die im Anschluß an die Niederlage der Spanier in der ihnen zugewiesenen nordafrikanischen Zone schon vor einigen Wochen begonnen hat, ist bei weitem der gefährlichste Schlag, der gegen die französische Herrschaft seit Jahrzehnten geführt wurde.

Obwohl die Militärärzte des Oberbefehlshabers Liautey nur spärliche und natürlich nur optimistisch gefärbte Berichte durchschlägt, geht aus den Meldungen letzten Endes doch hervor, daß die Lage durchaus ernst ist. Die Radikalen haben auf einer Front — sofern man diesen Ausdruck auch auf die geographischen und strategischen Verhältnisse Nordafrikas anwenden darf — von mehreren hundert Kilometern angegriffen und zunächst offenbar einige Ueberrumpelungsversuche erzielt: sie haben eine ganze Anzahl von vorgehenden Posten entweder umzingelt oder sogar gefangen genommen bzw. niedergeworfen. Es geht ferner aus den französischen Berichten hervor, daß die aufständischen Stämme mit Waffen und Munition gut versorgt sind, daß sie sogar über Artillerie und einige Flugzeuge verfügen, die sie vordem den Spaniern abgenommen haben dürften.

Ueber die Höhe der Verluste, die französischerseits bisher erlitten wurden, hat die Pariser Regierung bisher noch keine amtliche Meldung herausgegeben, ebensowenig wie über den Umfang der bereits abgegangenen oder noch angeforderten Verstärkungen. Selbstverständlich sind die Anhänger Abd el Krim's, und mögen sie für arabische Verhältnisse mit Kriegsmaterial noch so gut versehen sein, mögen sie noch so zäh den Guerillakrieg in dem gebirgigen Gelände des Atlasgebietes führen, auf die Dauer der französischen zahlenmäßigen und technischen Ueberlegenheit nicht gewachsen. Es ist kein Zweifel daran, daß Frankreich, ebenso wie es im Laufe des 19. Jahrhunderts mit verschiedenen sehr ernsthaften Aufständen in Algerien fertig geworden ist, auch mit diesem Aufstand schließlich fertig werden kann. Die Politik des Oberbefehlshabers Liautey, der seit nahezu zwanzig Jahren in Marokko herrscht und sich dabei eine gewisse Unabhängigkeit von der Regierung angewöhnt hat, die bereits vor dem Kriege oft unliebsam empfunden und kritisiert wurde, scheint auch diesmal darauf auszugehen, die Aufständischen nach allen grausamen Regeln der kolonialen Kunst niedermetzeln und zu „bestrafen“. In linksstehenden Kreisen wird sogar der Verdacht gegen Liautey und seinen Stab geäußert, daß er die Radikalen zu ihrem Vorgehen geradezu provoziert hätte, um Gelegenheit zu einer Ausdehnung der militärischen Befehlsbefugnis durch eine Gegenoffensive zu gewinnen.

Die Regierung Painlevé's bestreitet entschieden die Absicht einer kolonialen Ausdehnung. Sie steht allerdings auf dem Standpunkt, daß eine Niederwerfung des Aufstandes schon mit Rücksicht auf die möglichen Wirkungen in Algier notwendig ist. Zu diesem Zwecke hat sie durch Vermittlung des Abgeordneten Malvy, der während seiner Verbannungzeit gute Beziehungen zu spanischen politischen Kreisen angeknüpft hat, über ein Abkommen mit der Madrider Regierung verhandeln lassen. Es ist durchaus möglich, daß als Ergebnis dieser Verhandlungen französische Truppen in die bisherige spanische Zone einrücken und von dort aus in einer strategisch günstigeren Lage den Kampf gegen Abd el Krim aufnehmen.

Indessen hat diese Entwicklung der marokkanischen Dinge eine offenkundige innerpolitische Spannung ausgelöst. Unsere französischen Genossen, die seit jeher dem Marichall Liautey sehr mißtrauisch gegenüberstehen, handeln durchaus im Sinne der Jaurès'schen Tradition, wenn sie jede Unterwerfungspolitik ablehnen, dafür aber von der Regierung Painlevé verlangen, daß sie den Weg der Verhandlungen mit Abd el Krim beschreite. Diesem Zwecke dient wohl die von Renaudel eingebrachte Interpellation. Die Radikalen nehmen natürlich den Standpunkt der Militäristen ein und versuchen, indem sie Painlevé gegen die „sozialistische Vormundschaft“ aufwiegen, einen Keil zwischen die Parteien des Linkstalles zu treiben. Es fragt sich nun, welche Strömung der Oberhand gewinnen wird: die tiefe Abneigung der arbeitenden Massen des französischen Volks gegen blutige Kolonialabenteuer oder die demagogischen Schlagworte von „Prestige“ und „Ehre“, mit denen die Poincaréisten operieren.

Auch die Kommunisten sind bemüht, im Trüben zu fischen, indem sie die Parole einer *Räumung von Marokko* ausgeben, von der sie sehr gut wissen, daß sie undurchführbar ist. Sie senden Glückwunschadressen an Abd el Krim und bezeichnen den Rablensaufstand als eine Erscheinung der Weltrevolution. Damit liefern sie nur der reaktionären Bourgeoisie einen neuen Vorwand, das Gespenst der kommunistischen Internationale, die ihre Hand überall im Spiele habe, an die Wand zu malen.

Die Pariser Presse verbreitet schon Schauergeschichten über außerpolitische Zusammenhänge des Aufstandes. Einmal sind es die Engländer, ein anderes Mal die Deutschen, ein drittes Mal die Sowjetrussen, die die Revolte durch Agenten angezettelt und die Stämme Abd el Krim's mit Waffen, Munition, Geld, Instruktoren, Fliegern versehen haben sollen. Gegenüber diesem Unsinn, der nur ein deutliches Symptom der allgemeinen Nervosität ist, genügt wohl die Feststellung, daß es die Spanier Primo de Rivera gewesen sind, die, allerdings unwillkürlich, durch ihren fluchtartigen Rückzug Abd el Krim so überraschend gut versorgt haben. Ferner hat die „Humanität“ nachgewiesen, daß Abd el Krim vor zwei Jahren mit Wissen und Unterstützung Poincaré's Masseneinkäufe von Kriegsmaterial in Frankreich selbst vornehmen durfte, weil die französische Regierung einen Aufstand der Radikalen in der spanischen Zone gar nicht ungern gesehen habe. Jetzt aber, wo dieser erste Aufstand gar zu gut gelungen sei, richtet sich diese heulige Politik gegen ihre Urheber!

Die Betrogenen.

Eine Versammlung von Sparern, Hypothekengläubigern, Anleihegebern. Weit draußen an der Peripherie Berlins, dicht bei Tempelhof. Im Saale fast nur kleine Leute: Männer und Frauen im weichen Haar, schon gebücht vom Alter, aber doch noch rüstig, verhältnismäßig wenigstens. Sie haben ihr Leben lang gearbeitet, im eigenen Geschäft, in der kleinen Werkstatt als Gewerbetreibende, im eigenen kleinen Unternehmen.

Der Krieg hat ihnen alles genommen; die Inflation hat sie an den Bettelstab gebracht. Hypotheken entwertet, Anleihen verfallen, Darlehen verloren. Die Spargroschen stehen nur noch im schwarzen Buch, das die Kasse am Wählendamm ausstellt. Die Alten wissen, daß die Großkapitalisten, die Großverdiener und Inflationschieber sich von ihrem Geld finanziell „gesund“ gemacht haben. Aber sie können nicht die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik; aber sie wissen das eine, daß ihnen bitter Unrecht geschehen ist, Unrecht, das wieder gut gemacht werden muß. Ja, und dann kam das Wort „Aufwertung“. Es wurde zu einem Begriff für sie, es erschien ihnen als ein Rettungsanker aus der Not des Alters. Bei den Reichstagswahlen kamen die ehrbaren Biederleute der Rechtsparteien, vom „Lokalanzeiger“ empfohlen, und warfen ihnen den Rettungsanker zu: „Hundertprozentige Aufwertung“, so schnarrte es von der Tribüne der Wählerversammlung, kommt zu uns, wählt unsere Kandidaten! Und die nicht „Gutgläubigen“ und jetzt Verarmten glaubten den Sirenenangelegen — was verstanden sie vom politischen Geschäft der Deutschenationalen, es war ja eine „Volks“-partei — sie gingen hin und wählten die Hundertprozentigen. Aber dann wurde es still im Reichstag von der Aufwertung, ganz still. Die Alten mußten weiter mit der öffentlichen Armenunterstützung hungern — die Aufwertung kam nicht. Doch als ihr Drängen und die Anträge wirklicher Volksparteien endlich den Rechtsparteien die Junge lösten, da erwies sich der angebotene Rettungsanker als Strohhalm. Belogen, betrogen, mißbraucht als Stimmvieh — das ist die bittere Erkenntnis der gutgläubigen Sparer.

Und so saßen sie in der Versammlung und hörten von Sozialdemokraten die Wahrheit über ihre Freunde von der Reichstagswahl her. Hörten den Betrug, sahen das Intrigenpiel der „Volks“-parteien und erkannten — hoffentlich für immer — ihren Reinsfall, erkannten, wie sie an ihren Lebensinteressen genarrt wurden. Keine Aufwertung, aber neue Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel, auf das Glaschen Bier und das abgepumpte Pfeifchen Tabak. Das zweite Unglück ist da, jetzt glauben sie es auch. Entrüstungsrufe, Verwünschungen, ehrlicher Abscheu vor soviel Lug und Trug im Leben — was hilft? „Löst den Reichstag auf!“ sagt die Schwindler und Betrüger hinaus! — Was nützt diese Empörungsrufe. — An den wirklichen Volksvertretern wird es sein, den Reaktionären die Bügenmaske vollends vom Gesicht zu reißen.

Der Doppelmörder Krause.

Die Verhandlung vor dem Potsdamer Schwurgericht.

Das Verbrechen an der 15jährigen Veder ließ noch die Frage offen: ob Mord oder Totschlag. Für letzteres spricht so manches. Die Ueberlegung der Tat des 23jährigen Pannicke erscheint dagegen fast unüberlegbar, der Tatbestand des Mordes scheint gegeben. Krause wandte sich von Weisig in der Richtung nach Süderdreh. Er fand hier eine Stellung bei einem Karussellbesitzer, lernte ein Mädchen namens Schmeil kennen, die auf einem Gute in Arbeit war, knüpfte mit ihr intime Beziehungen an und verlobte sich förmlich, trat als Hilfsarbeiter bei ihrem Arbeitgeber ein und verließ am 31. September, als seiner Braut gefündigt wurde, die Stellung. Schon vorher war er aber wegen seiner Papiere in Verlegenheit gekommen. Die auf den Namen Hümmler, die er aus Weisig mitgebracht hatte, waren von ihm als nicht sicher genug vernichtet worden. Unter dem Namen Kurt Ott, mit dem er sich bei der Schmeil eingeführt hatte und auf den er keine Ausweispapiere besaß, konnte er keine Arbeit finden. Als eines Tages von seinem Arbeitskollegen erwähnt wurde, daß er eigentlich keine Papiere habe, beschloß er, sich welche zu verschaffen durch die Tötung von irgend jemanden und durch Wegnahme der Papiere des Ermordeten. Der erste Versuch in dieser Angelegenheit mißlang. Er nahm im letzten Augenblick von seiner Absicht Abstand. Dann erkor er sich den Pannicke zum Opfer. Er holte ihn aus der Herberge, versprach ihm Arbeit, nahm seine Papiere an sich, lockte ihn auf einen entlegenen Feldweg, gab ihm da plötzlich einen Stoß und schob dann in der Dunkelheit auf ihn los. Das stehende Bitten des Verletzten, ihn am Leben zu lassen, half nichts. Krause schlug auf ihn wie besessen mit seinem Taschenmesser los, bis er tot war, nahm ihm dann seine Brieftasche, auch die Schürstiefel, da ihm während des Kampfes eine Sobie losgegangen war, und versteckte darauf die Leiche in einer Heumiete. Nun stellte er sich seiner Verlobten als Pannicke vor, meldete sich auf seiner neuen Stelle an und ab. Als er das gleiche auf der neuen Stelle tat, rief er Verdacht hervor. Pannicke's Ermordung war bereits durch die Zeitung bekannt geworden — der lebendige Pannicke konnte somit nicht reell sein. Er verschwand, blieb sich noch einige Tage umher und wurde am 24. Januar von der Polizei aufgefordert und in Haft genommen. Er gestand sofort, wie das Weisiger Verbrechen, so auch das Denneberger ein.

Die Beweisaufnahme bestätigt auch dieses Mal das Geständnis des Angeklagten.

Raupenplage im Berliner Tiergarten.

Raum hat sich das junge Grün an Bäumen und Sträuchern gebildet, so beginnt das Ungeziefer es unerbittlich zu zerfressen. Wer jetzt durch den Tiergarten geht und das Vernichtungswort der Raupen sieht, und beobachtet, wie das Ungeziefer — wahrscheinlich vom Wind heruntergeschüttelt — auch zu tausenden am Boden herumfliehet — wird sonderbarerweise keine Spur von irgendwelchem Maßnahmen zur Vertilgung des Ungeziefers entdecken. Verschiedene Bäume sind bereits fast kahl gefressen, andere zeigen verheerende Spuren des unerlöschlichen Raupenraubes. Gewiß sind unsere geliebten Freunde eifrig bei der Arbeit, um unter dem Ungeziefer auszuräumen und ein eifriger Beobachter kann sehen, wie sie unaufhörlich, ihren Schnabel voll von gesundem Gewürm, zu ihren Nestern tragen, um die Raupenmenschheit zu füttern. Doch auch sie werden einmal satt. Hinzu kommt noch das regelmäßige Füttern der Vögel seitens des Publikums. Die Vögel tragen zu einem großen Teil zur Vernichtung der Raupen bei. Es ist nun aber auch Pflicht der Tiergartenverwaltung, ihren Teil dazu beizutragen, gegen die Raupenplage anzukämpfen, um Zustände wie in vergangenen Jahren, wo sogar Schußwägen zur Ungezieferbekämpfung mit herangezogen werden mußten, zu vermeiden. Es ist allerhöchste Zeit, ernste Maßnahmen zur Raupenvertilgung zu ergreifen und nicht die wenigen schönen Parkanlagen, die wir Großstädter nun schon besitzen, zu Anlagen der Vernichtung herabzustempeln.

Deutsche Revolutionen.

Eine Gedenkfeier für Thomas Münzer.

Die Liga für Menschenrechte veranstaltete gestern abend eine große Kundgebung in der Neuen Welt in der Hasenheide, deren Vorsitz Dr. Kuczynsky führte. Er zeigte in seiner Begrüßung zahlreiche Parallelen auf zwischen der Bauernrevolution von 1525

und der Revolution von 1918, und er brachte fernerhin ein Schreiben der französischen Liga für Menschenrechte zur Verlesung.

Dann sprach Prof. Veit Valentini über Thomas Münzer. Er würdigte dessen Wirken im Dienste der Bauern. Die Bewegung der Bauern schwoll immer mehr an, selbst Böck von Verlichingen zog mit und Florian Geiger, der Ritter, half als Bruder und vertrat in der Sprache der Herren die Sache des Volkes. Ein Bille zum neuen, sozialeren Deutschland befandete sich im Bauernkrieg. Aber in unseren Schützen werden jene zwölf Artikel nicht gelehrt, in denen alles das verlangt wird, was freier, gerechter und gesunder Geist erstreben mußte. Blutig wurde die edle Absicht gelohnt, und so die Bauern den größten Erfolg gehabt hatten, wurden sie am heftigsten unterdrückt. Währenddessen und später wuchs die Demokratie in England, in Frankreich schlug die Flamme einer großen Revolution empor, aber in Deutschland wurden die Massen selbst nach dem großen Volkserlebnis der Freiheitskriege um ihr Recht betrogen. Voller Glauben ließen unsere Väter 1848 die Flagge Schwarz-Rot-Gold auf den Barrikaden flattern, doch auch dieser Revolution folgte die Reaktion. Erst 1918 ist das Werk, das man damals erstrebte, geschaffen worden, aber wir stehen doch erst am Anfang. Die deutsche Revolution kann und darf noch nicht zu Ende sein. Deutschland soll frei, Deutschland soll groß sein — aber nur in einem freien Europa sind ihm diese Ziele gesichert. Genosse Heinrich Ströbel, mit starkem Beifall begrüßt, sprach als nächster Redner. Unter Beifall stellte er fest, daß die deutsche Revolution 1918 gescheitert ist, weil die Arbeiterklasse nicht einig war. Wir dürfen aber nicht verzagen, sondern müssen dafür arbeiten, daß das proletarische Trauerspiel der letzten Jahre, das in dieser Herrlichkeit zum Ausdruck kommt, sich nicht wiederholt. Der Feind steht rechts und vielerlei ist gegen ihn gemeinsam zu unternehmen. Der Redner ging dann näher auf Steuer- und Zollwucher ein und wies dann noch darauf hin, daß die Ruhebewegung eine Bagatelle wäre gegen den geplanten Mißwucher. Weiterhin sei hinzuwirken auf die Verhütung eines neuen Krieges, dessen Greuel der Redner in allen Farben schilderte. Seiner Ausführungen folgte stürmischer Beifall. Anschließend sprach Polizeioberst Lange. Steht die Arbeiterschaft kommenden Bütschen, die durchaus nicht unmöglich sind, uneinig gegenüber, dann Republik abe. Hätten sich die Kommunisten gefügt, daß die Republik auf alle Fälle eine notwendige Etappe ist, dann wäre Hindenburg nicht gewählt worden. Einigkeit ist die Forderung der Stunde und die Forderung der Zukunft. (Starker Beifall.) Als letzter Redner ergriff Felix Jochenbach das Wort zu längeren sachlichen Ausführungen und erntete dafür ebenfalls den großen Beifall der Versammelten.



Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaftliche Friedlichheit. Sonntag, den 24. morgens 9 Uhr, treffen sich die Angehörigen, welche gewillt sind, mit dem Auftakte nach Budow zu fahren, im Vereinslokal, Friedrichstr. 104. — Kameradschaft Wilmersdorf. Die Kameraden, die an der Bannerweih in Budow teilnehmen wollen, fahren Sonntag, den 24. früh 6 Uhr, ab Bahnh. Ros. Abfahrt ab Schloßstr. Bahnh. 6.08 Uhr. Sonntagmorgens früh 6.00 Uhr, ab Bahnh. Ros. Abfahrt ab Schloßstr. Bahnh. 6.08 Uhr. Die Führung übernimmt der amtierende Altler. Führer. — Kameradschaft Köpenick und Untergruppen. Sonntag, den 24. früh 6 Uhr, treffen sich die Mitglieder der Kameraden, die an der Bannerweih in Budow teilnehmen wollen, Bahnh. Köpenick.

Sport.

Box-Großkampf im Zirkus Busch.

Der gestrige Großkampf im Zirkus Busch brachte einige interessante Treffen. Eingeleitet wurden die Kämpfe durch den Kampf Harry Stein 101/Ferrand 105. Stein zeigte gutes Können, hatte nur leider das Pech, den bereits geschwächten Gegner in der zweiten Runde durch Tiefschlag zu verlegen, so daß er disqualifiziert werden mußte. Erstaunlich ist und bleibt die sportliche Unbildung des breiten Publikums, das von den Rängen herab natürlich einen Tiefschlag nicht genau feststellen kann, trotzdem zur Befähigung der sportlich gebildeten Zuschauer in wilde „Schieber“-Rufe ausbrach, obwohl Ring- und Schiedsrichter sowie der Arzt sofort Tiefschlag befähigten. Eine wirklich erfreuliche Angelegenheit war das Treffen Brandl/Marcel Thomas. Brandl, der 143 Pfund moß, hatte in Thomas mit 151 Pfund einen sehr wenig ebenbürtigen Gegner. Thomas ist zwar ein Mann von bedeutender Ringfahrung, der sich glänzend deckt und wenig und schnell ist, doch hat Brandl Jugend und Angriffsfreudigkeit für sich; er disanziert seinen Schlag sehr fein, sobald er anfängt, warm zu werden. In der zweiten Runde schon mußte Thomas viel einstecken; in der dritten Runde wird er durch Ringhaken schwer angeknockt, muß bis acht, gleich darauf bis neun zu Boden; die Sekundanten werfen das Tuch in den Ring, und der Ex-Weltmeister ist von einem unserer Jüngsten geschlagen. Ein mehr als trauriges Bild bot Curt Brenzel mit 136 Pfund gegen Riemen, einen Beger von Klasse mit 144 Pfund. Man hatte vorher von einer „leichten Anfangspartie“ für Brenzel gesprochen, weil gefehlt, denn Riemen disanzierte jeden seiner Schläge famos, hatte jedoch bei Beginn der zweiten Runde einen Schwinger Brenzels einstecken müssen, was ihn zweimal kurz hintereinander bis acht zu Boden brachte. Er erhob sich aber wieder und schlug Brenzel einen furchtbaren Haken. Brenzel war angeschlagen und erholte sich eigentlich während der ganzen Kampfdauer von diesem Schlag nicht mehr. Das Ergebnis entsprach der allgemeinen Erwartung, wenigstens Brenzel in der letzten Runde erholt er sich und wieder aggressiv wurde. Riemen Sieger nach Punkten. Der letzte Kampf, Raujols 123 gegen Binez 122, war technisch der vollendetste des Abends. Binez ist der feingewichtigste Beger, der jeden Angriff mit seltener Kunstfertigkeit abwehrt, jeden Schlag aber auf den gewöhnlichen Punkt setzt. Er hat dem Publikum ein noch höheres Können von hoher Klasse gezeigt. Raujols führte eine unerbörte Härte im Nehmen und Angriffsfreudigkeit bis zuletzt vor. Obgleich er schon einiges gelernt hat, war er dem Können eines Binez nicht gewachsen; in letzter Runde mußte er sogar bis neun zu Boden; mit der ihm eigenen Willenkraft erhob er sich wieder und stand bis zum Ende durch. Richterpruch: Binez Sieger nach Punkten. Raujols konnte einen Erfolg buchen, was der allseitige Beifall ihm bewies.

Theater der Woche.

Vom 24. Mai bis 1. Juni 1925.

Ballhäuser: 24. 25. 26. 27. und 1. Juni. 28. 29. und 30. Juni. 31. Juni. 1. Juli. 2. Juli. 3. Juli. 4. Juli. 5. Juli. 6. Juli. 7. Juli. 8. Juli. 9. Juli. 10. Juli. 11. Juli. 12. Juli. 13. Juli. 14. Juli. 15. Juli. 16. Juli. 17. Juli. 18. Juli. 19. Juli. 20. Juli. 21. Juli. 22. Juli. 23. Juli. 24. Juli. 25. Juli. 26. Juli. 27. Juli. 28. Juli. 29. Juli. 30. Juli. 31. Juli. 1. August. 2. August. 3. August. 4. August. 5. August. 6. August. 7. August. 8. August. 9. August. 10. August. 11. August. 12. August. 13. August. 14. August. 15. August. 16. August. 17. August. 18. August. 19. August. 20. August. 21. August. 22. August. 23. August. 24. August. 25. August. 26. August. 27. August. 28. August. 29. August. 30. August. 31. August. 1. September. 2. September. 3. September. 4. September. 5. September. 6. September. 7. September. 8. September. 9. September. 10. September. 11. September. 12. September. 13. September. 14. September. 15. September. 16. September. 17. September. 18. September. 19. September. 20. September. 21. September. 22. September. 23. September. 24. September. 25. September. 26. September. 27. September. 28. September. 29. September. 30. September. 1. Oktober. 2. Oktober. 3. Oktober. 4. Oktober. 5. Oktober. 6. Oktober. 7. Oktober. 8. Oktober. 9. Oktober. 10. Oktober. 11. Oktober. 12. Oktober. 13. Oktober. 14. Oktober. 15. Oktober. 16. Oktober. 17. Oktober. 18. Oktober. 19. Oktober. 20. Oktober. 21. Oktober. 22. Oktober. 23. Oktober. 24. Oktober. 25. Oktober. 26. Oktober. 27. Oktober. 28. Oktober. 29. Oktober. 30. Oktober. 31. Oktober. 1. November. 2. November. 3. November. 4. November. 5. November. 6. November. 7. November. 8. November. 9. November. 10. November. 11. November. 12. November. 13. November. 14. November. 15. November. 16. November. 17. November. 18. November. 19. November. 20. November. 21. November. 22. November. 23. November. 24. November. 25. November. 26. November. 27. November. 28. November. 29. November. 30. November. 1. Dezember. 2. Dezember. 3. Dezember. 4. Dezember. 5. Dezember. 6. Dezember. 7. Dezember. 8. Dezember. 9. Dezember. 10. Dezember. 11. Dezember. 12. Dezember. 13. Dezember. 14. Dezember. 15. Dezember. 16. Dezember. 17. Dezember. 18. Dezember. 19. Dezember. 20. Dezember. 21. Dezember. 22. Dezember. 23. Dezember. 24. Dezember. 25. Dezember. 26. Dezember. 27. Dezember. 28. Dezember. 29. Dezember. 30. Dezember. 31. Dezember. 1. Januar. 2. Januar. 3. Januar. 4. Januar. 5. Januar. 6. Januar. 7. Januar. 8. Januar. 9. Januar. 10. Januar. 11. Januar. 12. Januar. 13. Januar. 14. Januar. 15. Januar. 16. Januar. 17. Januar. 18. Januar. 19. Januar. 20. Januar. 21. Januar. 22. Januar. 23. Januar. 24. Januar. 25. Januar. 26. Januar. 27. Januar. 28. Januar. 29. Januar. 30. Januar. 31. Januar. 1. Februar. 2. Februar. 3. Februar. 4. Februar. 5. Februar. 6. Februar. 7. Februar. 8. Februar. 9. Februar. 10. Februar. 11. Februar. 12. Februar. 13. Februar. 14. Februar. 15. Februar. 16. Februar. 17. Februar. 18. Februar. 19. Februar. 20. Februar. 21. Februar. 22. Februar. 23. Februar. 24. Februar. 25. Februar. 26. Februar. 27. Februar. 28. Februar. 29. Februar. 30. Februar. 1. März. 2. März. 3. März. 4. März. 5. März. 6. März. 7. März. 8. März. 9. März. 10. März. 11. März. 12. März. 13. März. 14. März. 15. März. 16. März. 17. März. 18. März. 19. März. 20. März. 21. März. 22. März. 23. März. 24. März. 25. März. 26. März. 27. März. 28. März. 29. März. 30. März. 31. März. 1. April. 2. April. 3. April. 4. April. 5. April. 6. April. 7. April. 8. April. 9. April. 10. April. 11. April. 12. April. 13. April. 14. April. 15. April. 16. April. 17. April. 18. April. 19. April. 20. April. 21. April. 22. April. 23. April. 24. April. 25. April. 26. April. 27. April. 28. April. 29. April. 30. April. 1. Mai. 2. Mai. 3. Mai. 4. Mai. 5. Mai. 6. Mai. 7. Mai. 8. Mai. 9. Mai. 10. Mai. 11. Mai. 12. Mai. 13. Mai. 14. Mai. 15. Mai. 16. Mai. 17. Mai. 18. Mai. 19. Mai. 20. Mai. 21. Mai. 22. Mai. 23. Mai. 24. Mai. 25. Mai. 26. Mai. 27. Mai. 28. Mai. 29. Mai. 30. Mai. 31. Mai. 1. Juni. 2. Juni. 3. Juni. 4. Juni. 5. Juni. 6. Juni. 7. Juni. 8. Juni. 9. Juni. 10. Juni. 11. Juni. 12. Juni. 13. Juni. 14. Juni. 15. Juni. 16. Juni. 17. Juni. 18. Juni. 19. Juni. 20. Juni. 21. Juni. 22. Juni. 23. Juni. 24. Juni. 25. Juni. 26. Juni. 27. Juni. 28. Juni. 29. Juni. 30. Juni. 1. Juli. 2. Juli. 3. Juli. 4. Juli. 5. Juli. 6. Juli. 7. Juli. 8. Juli. 9. Juli. 10. Juli. 11. Juli. 12. Juli. 13. Juli. 14. Juli. 15. Juli. 16. Juli. 17. Juli. 18. Juli. 19. Juli. 20. Juli. 21. Juli. 22. Juli. 23. Juli. 24. Juli. 25. Juli. 26. Juli. 27. Juli. 28. Juli. 29. Juli. 30. Juli. 31. Juli. 1. August. 2. August. 3. August. 4. August. 5. August. 6. August. 7. August. 8. August. 9. August. 10. August. 11. August. 12. August. 13. August. 14. August. 15. August. 16. August. 17. August. 18. August. 19. August. 20. August. 21. August. 22. August. 23. August. 24. August. 25. August. 26. August. 27. August. 28. August. 29. August. 30. August. 31. August. 1. September. 2. September. 3. September. 4. September. 5. September. 6. September. 7. September. 8. September. 9. September. 10. September. 11. September. 12. September. 13. September. 14. September. 15. September. 16. September. 17. September. 18. September. 19. September. 20. September. 21. September. 22. September. 23. September. 24. September. 25. September. 26. September. 27. September. 28. September. 29. September. 30. September. 1. Oktober. 2. Oktober. 3. Oktober. 4. Oktober. 5. Oktober. 6. Oktober. 7. Oktober. 8. Oktober. 9. Oktober. 10. Oktober. 11. Oktober. 12. Oktober. 13. Oktober. 14. Oktober. 15. Oktober. 16. Oktober. 17. Oktober. 18. Oktober. 19. Oktober. 20. Oktober. 21. Oktober. 22. Oktober. 23. Oktober. 24. Oktober. 25. Oktober. 26. Oktober. 27. Oktober. 28. Oktober. 29. Oktober. 30. Oktober. 31. Oktober. 1. November. 2. November. 3. November. 4. November. 5. November. 6. November. 7. November. 8. November. 9. November. 10. November. 11. November. 12. November. 13. November. 14. November. 15. November. 16. November. 17. November. 18. November. 19. November. 20. November. 21. November. 22. November. 23. November. 24. November. 25. November. 26. November. 27. November. 28. November. 29. November. 30. November. 1. Dezember. 2. Dezember. 3. Dezember. 4. Dezember. 5. Dezember. 6. Dezember. 7. Dezember. 8. Dezember. 9. Dezember. 10. Dezember. 11. Dezember. 12. Dezember. 13. Dezember. 14. Dezember. 15. Dezember. 16. Dezember. 17. Dezember. 18. Dezember. 19. Dezember. 20. Dezember. 21. Dezember. 22. Dezember. 23. Dezember. 24. Dezember. 25. Dezember. 26. Dezember. 27. Dezember. 28. Dezember. 29. Dezember. 30. Dezember. 31. Dezember. 1. Januar. 2. Januar. 3. Januar. 4. Januar. 5. Januar. 6. Januar. 7. Januar. 8. Januar. 9. Januar. 10. Januar. 11. Januar. 12. Januar. 13. Januar. 14. Januar. 15. Januar. 16. Januar. 17. Januar. 18. Januar. 19. Januar. 20. Januar. 21. Januar. 22. Januar. 23. Januar. 24. Januar. 25. Januar. 26. Januar. 27. Januar. 28. Januar. 29. Januar. 30. Januar. 31. Januar. 1. Februar. 2. Februar. 3. Februar. 4. Februar. 5. Februar. 6. Februar. 7. Februar. 8. Februar. 9. Februar. 10. Februar. 11. Februar. 12. Februar. 13. Februar. 14. Februar. 15. Februar. 16. Februar. 17. Februar. 18. Februar. 19. Februar. 20. Februar. 21. Februar. 22. Februar. 23. Februar. 24. Februar. 25. Februar. 26. Februar. 27. Februar. 28. Februar. 29. Februar. 30. Februar. 1. März. 2. März. 3. März. 4. März. 5. März. 6. März. 7. März. 8. März. 9. März. 10. März. 11. März. 12. März. 13. März. 14. März. 15. März. 16. März. 17. März. 18. März. 19. März. 20. März. 21. März. 22. März. 23. März. 24. März. 25. März. 26. März. 27. März. 28. März. 29. März. 30. März. 31. März. 1. April. 2. April. 3. April. 4. April. 5. April. 6. April. 7. April. 8. April. 9. April. 10. April. 11. April. 12. April. 13. April. 14. April. 15. April. 16. April. 17. April. 18. April. 19. April. 20. April. 21. April. 22. April. 23. April. 24. April. 25. April. 26. April. 27. April. 28. April. 29. April. 30. April. 1. Mai. 2. Mai. 3. Mai. 4. Mai. 5. Mai. 6. Mai. 7. Mai. 8. Mai. 9. Mai. 10. Mai. 11. Mai. 12. Mai. 13. Mai. 14. Mai. 15. Mai. 16. Mai. 17. Mai. 18. Mai. 19. Mai. 20. Mai. 21. Mai. 22. Mai. 23. Mai. 24. Mai. 25. Mai. 26. Mai. 27. Mai. 28. Mai. 29. Mai. 30. Mai. 31. Mai. 1. Juni. 2. Juni. 3. Juni. 4. Juni. 5. Juni. 6. Juni. 7. Juni. 8. Juni. 9. Juni. 10. Juni. 11. Juni. 12. Juni. 13. Juni. 14. Juni. 15. Juni. 16. Juni. 17. Juni. 18. Juni. 19. Juni. 20. Juni. 21. Juni. 22. Juni. 23. Juni. 24. Juni. 25. Juni. 26. Juni. 27. Juni. 28. Juni. 29. Juni. 30. Juni. 1. Juli. 2. Juli. 3. Juli. 4. Juli. 5. Juli. 6. Juli. 7. Juli. 8. Juli. 9. Juli. 10. Juli. 11. Juli. 12. Juli. 13. Juli. 14. Juli. 15. Juli. 16. Juli. 17. Juli. 18. Juli. 19. Juli. 20. Juli. 21. Juli. 22. Juli. 23. Juli. 24. Juli. 25. Juli. 26. Juli. 27. Juli. 28. Juli. 29. Juli. 30. Juli. 31. Juli. 1. August. 2. August. 3. August. 4. August. 5. August. 6. August. 7. August. 8. August. 9. August. 10. August. 11. August. 12. August. 13. August. 14. August. 15. August. 16. August. 17. August. 18. August. 19. August. 20. August. 21. August. 22. August. 23. August. 24. August. 25. August. 26. August. 27. August. 28. August. 29. August. 30. August. 31. August. 1. September. 2. September. 3. September. 4. September. 5. September. 6. September. 7. September. 8. September. 9. September. 10. September. 11. September. 12. September. 13. September. 14. September. 15. September. 16. September. 17. September. 18. September. 19. September. 20. September. 21. September. 22. September. 23. September. 24. September. 25. September. 26. September. 27. September. 28. September. 29. September. 30. September. 1. Oktober. 2. Oktober. 3. Oktober. 4. Oktober. 5. Oktober. 6. Oktober. 7. Oktober. 8. Oktober. 9. Oktober. 10. Oktober. 11. Oktober. 12. Oktober. 13. Oktober. 14. Oktober. 15. Oktober. 16. Oktober. 17. Oktober. 18. Oktober. 19. Oktober. 20. Oktober. 21. Oktober. 22. Oktober. 23. Oktober. 24. Oktober. 25. Oktober. 26. Oktober. 27. Oktober. 28. Oktober. 29. Oktober. 30. Oktober. 31. Oktober. 1. November. 2. November. 3. November. 4. November. 5. November. 6. November. 7. November. 8. November. 9. November. 10. November. 11. November. 12. November. 13. November. 14. November. 15. November. 16. November. 17. November. 18. November. 19. November. 20. November. 21. November. 22. November. 23. November. 24. November. 25. November. 26. November. 27. November. 28. November. 29. November. 30. November. 1. Dezember. 2. Dezember. 3. Dezember. 4. Dezember. 5. Dezember. 6. Dezember. 7. Dezember. 8. Dezember. 9. Dezember. 10. Dezember. 11. Dezember. 12. Dezember. 13. Dezember. 14. Dezember. 15. Dezember. 16. Dezember. 17. Dezember. 18. Dezember. 19. Dezember. 20. Dezember. 21. Dezember. 22. Dezember. 23. Dezember. 24. Dezember. 25. Dezember. 26. Dezember. 27. Dezember. 28. Dezember. 29. Dezember. 30. Dezember. 31. Dezember. 1. Januar. 2. Januar. 3. Januar. 4. Januar. 5. Januar. 6. Januar. 7. Januar. 8. Januar. 9. Januar. 10. Januar. 11. Januar. 12. Januar. 13. Januar. 14. Januar. 15. Januar. 16. Januar. 17. Januar. 18. Januar. 19. Januar. 20. Januar. 21. Januar. 22. Januar. 23. Januar. 24. Januar. 25. Januar. 26. Januar. 27. Januar. 28. Januar. 29. Januar. 30. Januar. 31. Januar. 1. Februar. 2. Februar. 3. Februar. 4. Februar. 5. Februar. 6. Februar. 7. Februar. 8. Februar. 9. Februar. 10. Februar. 11. Februar. 12. Februar. 13. Februar. 14. Februar. 15. Februar. 16. Februar. 17. Februar. 18. Februar. 19. Februar. 20. Februar. 21. Februar. 22. Februar. 23. Februar. 24. Februar. 25. Februar. 26. Februar. 27. Februar. 28. Februar. 29. Februar. 30. Februar. 1. März. 2. März. 3. März. 4. März. 5. März. 6. März. 7. März. 8. März. 9. März. 10. März. 11. März. 12. März. 13. März. 14. März. 15. März. 16. März. 17. März. 18. März. 19. März. 20. März. 21. März. 22. März. 23. März. 24. März. 25. März. 26. März. 27. März. 28. März. 29. März. 30. März. 31. März. 1. April. 2. April. 3. April. 4. April. 5. April. 6. April. 7. April. 8. April. 9. April. 10. April. 11. April. 12. April. 13. April. 14. April. 15. April. 16. April. 17. April. 18. April. 19. April. 20. April. 21. April. 22. April. 23. April. 24. April. 25. April. 26. April. 27. April. 28. April. 29. April. 30. April. 1. Mai. 2. Mai. 3. Mai. 4. Mai. 5. Mai. 6. Mai. 7. Mai. 8. Mai. 9. Mai. 10. Mai. 11. Mai. 12. Mai. 13. Mai. 14. Mai. 15. Mai. 16. Mai. 17. Mai. 18. Mai. 19. Mai. 20. Mai. 21. Mai. 22. Mai. 23. Mai. 24. Mai. 25. Mai. 26. Mai. 27. Mai. 28. Mai. 29. Mai. 30. Mai. 31. Mai. 1. Juni. 2. Juni. 3. Juni. 4. Juni. 5. Juni. 6. Juni. 7. Juni. 8. Juni. 9. Juni. 10. Juni. 11. Juni. 12. Juni. 13. Juni. 14. Juni. 15. Juni. 16. Juni. 17. Juni. 18. Juni. 19. Juni. 20. Juni. 21. Juni. 22. Juni. 23. Juni. 24. Juni. 25. Juni. 26. Juni. 27. Juni.

Gewerkschaftsbewegung

Scharfmacherlogik.

Der Wirtschaftsfriede ist „ungefunden“.

Am 20. Mai waren in Braunschweig die der Braunschweiger Vereinigung der Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten angehörenden Unternehmer versammelt. Sie produzierten ein Rundschreiben an die übrigen Unternehmereinrichtungen der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie, worin der Arbeitgeberschaft plausibel zu machen versucht wird, daß der bestehende Reichstarif für ihre Industrie unerträglich sei. Zur Begründung dieser Behauptung wird ausgeführt, das Bestehen des Reichstarifvertrages und das Fehlen jeder Streikbewegung bildeten ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter zu günstig seien! Die Forderungen der Gewerkschaften seien in einem Maße bewilligt worden, das für die Industrie untragbar sei.

„Der herrschende Wirtschaftsfriede,“ heißt es in dem Schreiben, „ist ungefound, weil er auf Kosten der Unternehmer geht, zugleich aber dazu beiträgt, das allgemeine Lohnniveau zu steigern und schließlich dazu angeht, die Kaufkraft der Mark sowie die Währung zu gefährden.“ Nach diesem Rundschreiben soll auch das Zuschlagsystem für Ueberstunden für die Industrie verderblich sein; ebenfalls die im Tarif festgelegten Ferien und die Entschädigung für die Beurlaubung. Es soll also alles zurückgeschraubt werden.

Erfreulicherweise wird diese Scharfmacherlogik von den Tarifkontrahenten des Arbeitgeberbundes in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie nicht geteilt. Diese wissen, daß durch die reichstarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Industrie im Laufe der letzten Jahre vor wirtschaftlichen Erschütterungen bewahrt wurde.

Die Unternehmer im Arbeitgeberbund sind also weitblickender als die Vereinigung der kleinsten Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken und werden sich sicher von deren rüchständigen Anschauungen nicht beeinflussen lassen. Der Braunschweiger Verband war seit Bestehen des Reichstarifs ein Gegner dieser Abmachungen und hat noch jedesmal gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeit Einspruch erhoben. Er wurde stets abgewiesen und auch das Reichsarbeitsministerium hat die Gründe der Tarifgegner nicht als stichhaltig anerkannt. Die Arbeiterschaft in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie wird sich die vertraglichen Rechte durch eine rüchständige Unternehmerrunde nicht mehr nehmen lassen. Sie kann sich nur dann das Mitbestimmungsrecht im gewerblichen Arbeitsvertrag sichern, wenn sie geschlossen ihrer gewerkschaftlichen Organisation angehört.

Kommunistische Gewerkschaftskonferenz.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit hatte die KPD-Zentrale am 21. Mai eine Versammlung „zum Zwecke der Durchführung der gegenwärtigen Aufgaben bei der revolutionären Gewerkschaftsarbeit einberufen“, die in dem Bericht der heutigen „Rote Fahne“ als „Kommunistische Reichsgewerkschaftskonferenz“ bezeichnet wird.

„Am Mittelpunkt der Beratung standen die praktischen Maßnahmen zum Kampf um die Gewerkschaftseinheit“ (Kommunistische Einheit), „der Vorbereitung und Agitation für den Gewerkschaftskongress“.

Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, die „Arbeit“ einheitlich zu organisieren und in jeder Gewerkschaft „planmäßige Fraktionsarbeit“ zu leisten unter bezirksweiser Zusammenfassung der Fraktionen und Industriegruppen.

Wichtigste Voraussetzung für die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften sei, daß jeder Kommunist sich als Gewerkschaftsfunktionär, als Vertrauensmann usw. zur Verfügung stellt, „da, daß um die Befreiung dieser Posten gekämpft werden muß“. — Die Hindenburg-Wahlhelfer als gewerkschaftliche Vertrauensleute! Die „Rote Fahne“ versichert, die Konferenzteilnehmer seien fest davon überzeugt, „daß es nunmehr auch in der Gewerkschaftsarbeit wieder vorwärts geht“.

„Das oft gebrauchte, aber bisher wenig durchgeführte Wort „Gewerkschaftsarbeit ist die wichtigste Parteiarbeit“ soll in die Tat umgesetzt werden. Das heißt, die kommunistische Partei ist nach wie vor bemüht, die Gewerkschaften für ihre Parteizwecke zu erobern“, die Gewerkschaften sich unterzuordnen, um sie vor ihren Weltrevolutionstarrheiten zu spannen. Die Gewerkschaften danken für diese Rolle, die ihnen die Rosa-Luxemburg aufzwingen suchen.

Arbeiterratswahl bei der National-Registrierkassen-G. m. b. H.

Die Belegschaft hatte am 12. Mai ihre Vertretung zu wählen und sich zu entscheiden, ob sie der Liste der Freien Gewerkschaften oder der des kommunistischen Industrieverbandes den Vorzug geben wolle. Bis dahin war der Arbeiterrat nur aus rüchgehende „Revolutionären“ zusammengesetzt. Diesmal aber erhielt die freigewerkschaftliche Liste 340 Stimmen, die Industrieverbandsliste 277 Stimmen, trotzdem von der Gegenseite mit allen möglichen Beschäftigungen gearbeitet wurde, wobei der Obmann Biel sich besonders ausgezeichnete. Wäre sein Stoffvertriebsunfall vor der Wahl bekannt geworden, würde diese für den „Industrieverband“ wesentlich ungünstiger ausgefallen sein.

Inuitwirksame Tarifkündigung.

In der Filmindustrie besteht ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag. Kontrahenten sind auf der einen Seite eine Anzahl im Arbeitnehmerlohnkartell vereinigte Gewerkschaften, auf der anderen Seite das mehrere Arbeitgeberverbände der Filmindustrie umfassende Arbeitgeberlohnkartell. Im November vorigen Jahres hatte die Filmgewerkschaft als federführender Verband des Arbeitnehmerlohnkartells den Tarifvertrag gekündigt. Ehe die Kündigungsrufit abgelaufen war, teilten die übrigen dem Lohnkartell angehörenden Gewerkschaften dem Arbeitgeberlohnkartell mit, daß die durch die Filmgewerkschaft ausgesprochene Kündigung entgegen einem Beschluß des Arbeitnehmerlohnkartells erfolgt und deshalb als nicht geschehen zu betrachten sei.

Als dieser Tage einige Mitglieder der Filmgewerkschaft unter Berufung auf den erwähnten Tarifvertrag beim Gewerbegericht die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage forderte, machte der Vertreter der beklagten Firma geltend, der Tarifvertrag bestehe für sie nicht mehr, denn sie beziehungsweise ihr Verband sei inzwischen aus dem Arbeitgeberlohnkartell ausgetreten. Uebrigens sei die durch die Filmgewerkschaft als federführender Verband des Arbeitnehmerlohnkartells erfolgte Kündigung für alle Gewerkschaften des Kartells rechtsverbindlich gewesen. Durch die Zurücknahme der Kündigung seitens eines Teils des Arbeitnehmerlohnkartells sei ein neues Tarifabkommen begründet worden, an dem weder die Belegte noch die Filmgewerkschaft beteiligt sei.

Der Vertreter der Kläger berief sich dagegen auf die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages.

Das Gericht verurteilte die Beklagte im Sinne des Antrages der Kläger. Es hat sich demnach, wie aus der Verhandlung ersichtlich war, auf den Standpunkt gestellt, daß ein von mehreren Gewerkschaften gemeinsam abgeschlossener Tarifvertrag nicht von einer der beteiligten Ge-

werkschaften gegen den Willen der anderen rechtsverbindlich gekündigt werden kann und daß auch, wenn auf der einen oder der anderen Seite eine der beteiligten Organisationen auf dem Lohnkartell austritt, die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages immer noch bestehen bleibt.

Verständigung im rheinisch-westfälischen Baugewerbe.

Im Tarifstreit im rheinisch-westfälischen Baugewerbe ist nach langwierigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in der Nacht vom 22. zum 23. Mai eine Verständigung der Tarifparteien erzielt worden. Der Streit ist beendet.

Wirtschaft

Zuckerexposition in Magdeburg. Rege Beteiligung des In- und Auslandes.

Magdeburg, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag fand die feierliche Eröffnung der Zuckerexposition in Magdeburg statt, die vom Verein der Deutschen Zuckerindustrie und vom Verein der deutschen Zuckertechniker veranstaltet wird. Karl Ritter begrüßte als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft mit herzlichen Worten die zahlreich erschienenen Ehrengäste, unter denen u. a. sich Vertreter des Oberpräsidiums der Regierung, der Handwerks- und Handelskammern wie auch der kommunalen Behörden befanden. Sodann ergriff Herr Dr. Preißler vom Verein der Deutschen Zuckerindustrie Berlin das Wort und legte in kurzen Zügen Zweck und Bedeutung der Zuckerexposition dar. Nach kurzen Worten der Begrüßung und des Dankes an die erschienenen Ehrengäste eröffnete Oberbürgermeister Beims die Ausstellung, die ein imponantes Bild der deutschen Zuckereconomie und Zuckerindustrie vom Rübsamen bis zum Endprodukt bietet und die nicht nur in weiten Kreisen Deutschlands, sondern auch in den Zuckermärkten führenden außereuropäischen Ländern außerordentliches Interesse wachgerufen hat. Zahlreiche Delegationen der am Zuckerhandel interessierten Kreise des Auslandes haben den Besuch der Ausstellung fest zugesagt. Die ersten ausländischen Gäste sind bereits in Magdeburg eingetroffen. Es handelt sich um die Direktoren der Zuckerfabriken Schwedens, des weiteren werden Abordnungen der Zuckereconomisten Ungarns, Hollands und der Tschechoslowakei erwartet. Auch aus allen Teilen des Reichs ist der Andrang, vor allen Dingen aus dem befruchteten Gebiet, nach Magdeburg zur Zuckerexposition schon am Eröffnungstage überaus stark, so daß der Besuch der Ausstellung am Eröffnungstage dank des herrlichen Wetters als überaus glänzend bezeichnet werden kann. Die Teilnahme der Bevölkerung an der für die Stadt Magdeburg und für das Deutsche Reich so überaus wichtigen Ausstellung — der ersten dieser Art in ganz Deutschland — ist außerordentlich rege.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

30. Mai. 8 Uhr. Sonntag, 24. Mai. 8 Uhr, wichtige Vormittags-Agitation

Jugendveranstaltungen.

Verbot. Die Abteilung tritt sich an der heutigen Rechtsanwaltschaft abends 7 Uhr am Bahnhof Schönhauser Allee, Eingang Greifenhofener Straße, nicht am Bahnhof Alexanderplatz.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Wilhelm Gubernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Götter; Kultur: Dr. John Schütz; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Nordwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin G. B., Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angesehlt. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Pfalzburg 9331
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

Gardinen
Sonderangebote - Gelegenheitskäufe in Resten
Stores, Bettdecken, Madras- und Kissen Gardinen.
Spezial-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 57 am Ringbahnhof.

Berliner Töpferhütte
G. m. b. H.
angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314
Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Öfen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlose heiztechnische Beratung.

Radio-Geräte
erhofft. Fabrikate, en. Zahlungserleichterung.
Liefer. Pomme, Berlin 23 & Schillingstr. 214.
Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, 1. Etage

H. BALUSCHEK
Großstadtgeschichten
Seeben erschienen. Mit Bildern von ihm selbst. In Ganzleinen gebunden 1,50 Mark. Zu haben: Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2

Tutoran
Das beweist der grosse Zuspruch und die Anhänglichkeit meiner Kundschaft. Nutzen auch Sie die Vorteile, die eigene Herstellung und Einkauf aus erster Hand bieten!
Billige Preise für gute Ware

Anzüge, viele neue Muster, sehr haltbare Qualität	42- 39-	35 ⁰⁰
Anzüge, blau, braun und grün mit feinen Streifen	36- 44-	39 ⁰⁰
Anzüge, versch. hell. Farb., mod. 1- und 2-Knopf-Stellg. 54- 52-		48 ⁰⁰
Anzüge, Gabard. u. Kammgarn, bes. schöne Muster 19- 65-		54 ⁰⁰
Anzüge, Gabard. u. Kammgarn, sehr gute Qualitäten . 110- 95-		87 ⁰⁰
Sportanzüge mit Breeches, Manchester, braun u. grau 49- 45-		35 ⁰⁰
Sportanzüge mit Breeches, viele Farben	36- 45-	42 ⁰⁰
Sportanzüge m. lang. Hose u. Breeches, bes. haltb. Qual. 78- 68-		59 ⁰⁰

Jünglings- und Knabenkleidung
Hüte / Oberhemden / Binder
in großer Auswahl.

M. 35.-

Gottlieb Weiss Geq. 1892
SCHÖNEBERG Hauptstr. 161

Unsere Geschäftsräume befinden sich jetzt
Krupp Registrier Kassen
Berlin W. 9. Bellevue-Str. 14.
GESELLSCHAFT MIT STAMMHAU FRIED KRUPP & SÖHNE

JOHN SCHIKOWSKI
STÜRMER GEGEN DAS
Phosphor
In Ganzleinen gebunden
Preis Mk. 2.—
Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Lindenstr. 2, Laden

Resonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!